

Aktuelle PPP-Ausschreibungen / Ausschreibungen mit PPP-Elementen

./.

Zuschlagserteilungen

- **Gemeinde Halstenbek.** Sporthalle.  
Die Gemeinde Halstenbek beauftragte die **Goldbeck Public Partner GmbH** mit Planung, Bau, Finanzierung und Gebäudemanagement einer 3-Feld-Sporthalle. Das Investitionsvolumen beträgt ca. 3,3 Mio. Euro, das Bewirtschaftungsvolumen über 25 Jahre ca. 3,6 Mio. Euro.  
**Quelle:** [http://www.goldbeck.de/global/pdf/GOLDBECK\\_PPP\\_Halstenbek.pdf](http://www.goldbeck.de/global/pdf/GOLDBECK_PPP_Halstenbek.pdf)
- **Land Hessen.** Amt für Bodenmanagement Büdingen.  
Der Zuschlag für das Amt für Bodenmanagement in Büdingen ging ebenfalls an die **Goldbeck Public Partner GmbH**. Der Projektauftrag umfasst Planung, Errichtung, Finanzierung, Vermietung und 30-jährigen Betrieb des Verwaltungsgebäudes. Investitionsvolumen: ca. 14 Mio. Euro, Bewirtschaftungsvolumen ca. 14,5 Mio. Euro.  
Damit erhält GOLDBECK nach dem Amt für Bodenmanagement in Limburg einen zweiten Auftrag aus einer Tranche von vier Ämtern für Bodenmanagement, die Anfang 2006 vom Land Hessen als PPP-Projekte ausgeschrieben wurden.  
**Quelle:** [http://www.goldbeck.de/global/pdf/GOLDBECK\\_PPP\\_Buedingen.pdf](http://www.goldbeck.de/global/pdf/GOLDBECK_PPP_Buedingen.pdf)
- **Landeshauptstadt Magdeburg.** Schulen.  
Die **Industriebau Wernigerode GmbH** hat den Zuschlag für das 1. PPP-Paket mit 5 Schulen der Landeshauptstadt Magdeburg erhalten. Das Investitionsvolumen beträgt ca. 39 Mio. Euro, für den Betrieb der Schulanlagen wurde vorerst eine Dauer von 20 Jahren vereinbart. Durch das PPP-Modell wird ein Effizienzvorteil von über 8% erreicht.  
Insgesamt 20 Schulen - verteilt auf vier Pakete - will die Stadt über PPP-Modelle sanieren.  
**Quelle:** <http://www.presse-service.de/data.cfm/static/680838F.html>
- **Landeshauptstadt Kiel.** Berater für PPP-Projekt "Berufliche Schulen Kiel".  
Als Berater für das PPP-Projekt "Berufliche Schulen Kiel" wurden nach einem europaweiten Ausschreibungsverfahren **Kapellmann und Partner** gemeinsam mit den technischen und wirtschaftlichen Beratern der **DU Diederichs Projektmanagement AG & Co. KG** ausgewählt.  
Gesamtauftragswert: ca. 320.000 Euro. Zahl der eingegangenen Angebote: 36.  
Dokumentenummer im Amtsblatt der EU (TED): 284872-2007.  
Beim Projekt geht es darum, die derzeit sieben Berufsschulen zu drei Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ) zu entwickeln. Im Rahmen der Neukonzeption sollen Planung, Sanierung, Bau, Betrieb und Finanzierung an einen privaten Partner für einen Zeitraum von ca. 25 Jahren vergeben werden. Daneben ist die Vermarktung von frei werdenden Liegenschaften beabsichtigt. Das Projekt sieht ein geplantes Investitionsvolumen von ca. 52 Mio. Euro vor. **Quelle:**  
[http://www.kapellmann.de/sixcms\\_4/sixcms/detail.php?template=dt\\_kapellmann\\_aktuelles\\_detail&id=320555](http://www.kapellmann.de/sixcms_4/sixcms/detail.php?template=dt_kapellmann_aktuelles_detail&id=320555)

Weitere Informationen

- **Stadt Neumünster.** Kein PPP-Projekt "Freiherr-vom-Stein-Schule"?  
Der Rat der Stadt Neumünster hat Ende September 2007 beschlossen, das Ausschreibungsverfahren für das PPP-Projekt "Erweiterung und Sanierung der Freiherr-vom Stein-Schule" (vgl. *PPP-Newsletter 1/2007 vom 12.01.2007*) aus "wirtschaftlichen Gründen" einzustellen. Am 4.12.2007 entschied der Rat, das Vorhaben nunmehr konventionell in städtischer Regie durchzuführen.  
Die Firma Goldbeck als ursprünglich siegreicher Bieter hat gemäß einer Verwaltungsmitteilung vom 28.11.2007 bereits angekündigt, gegen die Entscheidung der Stadt ein vergaberechtliches Nachprüfungsverfahren anstrengen zu wollen.

- **Landkreis Esslingen.** Bund fördert PPP-Projekt.

Anfang August 2007 hat der Landkreis Esslingen das PPP-Projekt "Neubau, Planung, Finanzierung und Gebäudebetrieb des Gesundheitszentrums Ruit" europaweit ausgeschrieben (vgl. *PPP-Newsletter 14/2007 vom 03.08.2007*). Dieses Projekt wird jetzt vom Bund mit 120.000 Euro gefördert, um weitere Erkenntnisse bei der Anwendung von PPP-Strukturen im Gesundheitswesen zu sammeln. Sechs Konsortien werden nun aufgefordert, ihre Angebote für das Gesundheitszentrum zu unterbreiten. Nach den Sommerferien 2008 soll ein Bieter ausgewählt werden.

**Quellen:** <http://www.ez-online.de/lokal/esslingen/kreisesslingen/Artikel1364478.cfm>  
<http://www.bmvbs.de/> (Pressemitteilung vom 04.12.2007)

- **PPP im Hochschulbau.**

In dem vom BMVBS geförderten Forschungsprojekt "Lebenszyklusorientiertes Management öffentlicher Liegenschaften am Beispiel von Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen" werden Umsetzungsmöglichkeiten von PPP-Projekten im Hochschulbereich untersucht. Das Projekt wird von der Bauhaus-Universität Weimar und der Hochschul-Informationssystem GmbH mit finanzieller Unterstützung der Hochtief PPP Solutions GmbH durchgeführt.

Am 4.10.2007 fand dazu in Weimar ein Workshop zum Thema "PPP - Eignung und Vorgehensweise bei Hochschulprojekten" statt. Die Präsentationen stehen zum Download bereit unter:

<http://www.his.de/pdf/34/04.Oktober2007.pdf>

- **Europäische Investitionsbank (EIB).** PPP in Europa.

Die Europäische Investitionsbank analysiert in einer aktuellen Studie "Public-Private Partnerships in Europe: An Update" die Entwicklung des PPP-Marktes in Europa seit 1990. Danach sind zwischen 1990 und 2006 rund 1.000 PPP-Verträge mit einem Volumen von annähernd 200 Mrd. Euro in der EU abgeschlossen worden. Mit Abstand größter PPP-Markt ist Großbritannien, auf das mit über 800 Projekten mehr als drei Viertel aller europäischen PPP-Projekte entfällt.

Allerdings nimmt PPP auch in anderen Ländern deutlich an Fahrt auf. 40% der seit 1990 vereinbarten PPP-Projekte sind in den Jahren 2004 - 2006 unterzeichnet worden. Das Volumen der in der "Pipeline" befindlichen PPP-Projekte wird derzeit auf über 70 Mrd. Euro geschätzt.

Studie zum Download unter: <http://www.eib.org/attachments/efs/efr07n03.pdf>

- **Ungarn.** PPP-Markt.

Wie die Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai) berichtet, will Ungarn wieder verstärkt auf PPP-Projekte zurückgreifen. Bereits von 2004 bis 2006 wurden Vorhaben im Wert von annähernd 1,5 Mrd. Euro in Angriff genommen. Gute Chancen werden für PPP-Vorhaben künftig beim Bau von Studentenheimen, Sportanlagen und Gefängnissen gesehen. Hinzu kommen einzelne Fernstraßenprojekte.

**Quelle:** <http://www.bfai.de/DE/Content/SharedDocs/Links-Einzeldokumente-Datenbanken/fachdokument.html?fident=MKT200712038004>

Einen vertieften Einblick in den ungarischen PPP-Markt gibt ein Bericht über die Arbeit des interministeriellen PPP-Komitees mit dem Titel "On the 2003-2006 operations of the Interministerial PPP Committee". Zum Download unter: <http://www.gkm.hu/data/cms1392744/ppp.pdf>

## Veranstaltungshinweis

- **Stuttgart.** 5. Stuttgarter Immobilienstag.

Das Institut für Baubetriebslehre der Universität Stuttgart richtet am **17.01.2008** den 5. Stuttgarter Immobilienstag aus, der diesmal unter dem Titel: "Erfolgreiche Umsetzung von PPP-Projekten" steht. Nähere Informationen zum Programm und zu den Referenten sind erhältlich unter:

[http://www.ibl.uni-stuttgart.de/04weiterbildung/weiterbildung/stuttgarter\\_immobilienseminar.html](http://www.ibl.uni-stuttgart.de/04weiterbildung/weiterbildung/stuttgarter_immobilienseminar.html)

Betriebswirtschaftliches Institut der Bauindustrie  
Postfach 10 15 54, 40006 Düsseldorf  
Tel.: 0211 / 6703-280  
Fax: 0211 / 6703-282  
<http://www.BWI-Bau.de>  
[E.Paulsen@BWI-Bau.de](mailto:E.Paulsen@BWI-Bau.de)



## Gesetzgebung und Rechtsprechung mit PPP-Relevanz:

- **VK Köln, Beschluss vom 2. Oktober 2007 – VK VOB 21/2007 (bestandskräftig)**  
<http://www.mkrq.com/reactor.php?page=2410>

### **Vorlage von Eignungsnachweisen (Verpflichtungserklärungen von Nachunternehmern)**

Die Vergabestelle schrieb europaweit Bauleistungen aus. Die Ausschreibungsunterlagen enthielten Bewerbungsbedingungen, in denen mit Angebotsabgabe u. a. Verpflichtungserklärungen bei dem Einsatz von Nachunternehmern gefordert waren. Gleichzeitig wurden versehentlich Vordrucke und entsprechende Hinweisblätter für das nationale Verfahren verschickt, nach denen Verpflichtungserklärungen nicht mit dem Angebot, sondern nur auf Verlangen vorzulegen waren. Die Antragsstellerin, deren Angebot einzig entsprechende Verpflichtungserklärungen enthielt, begehrte den Ausschluss der erstplazierten Beigeladenen.

Die Vergabekammer Köln gab dem Antrag statt. Das Angebot der Beigeladenen sei unvollständig und müsse von der Wertung ausgeschlossen werden. Art. 47 Abs. 2 der Richtlinie 2004/18/EG bestimme ebenso wie § 8a Nr. 10 S.2 VOB/A, dass im Fall des Nachunternehmereinsatzes der Bieter durch entsprechende Verpflichtungserklärungen den Nachweis erbringen müsse, dass ihm die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen. Hier seien diese Erklärungen auch ausdrücklich in den übersandten EG-Bewerbungsbedingungen verlangt worden. Zwar sei ein falscher Vordruck versandt worden. Dies befreie aber weder die Vergabestelle noch einen Bieter, der sich gewerbsmäßig an nationalen wie EU-weiten Ausschreibungen beteilige und daher als ausreichend fachkundig anzusehen sei, davon, die zu Recht geforderten Verpflichtungserklärungen mit dem Angebot vorzulegen. Es sei offenkundig gewesen, dass die Vordrucke und Hinweise nicht den Anforderungen der Bewerbungsbedingungen entsprachen. Zwar mag dies zu Irritationen geführt haben. Dies könne aber keine Abweichung von der objektiven Rechtslage rechtfertigen. Vielmehr sei der Bieter in diesem Falle verpflichtet, seine Zweifel durch Nachfrage zu beseitigen.

Einmal mehr wird den Bietern mehr Verantwortung bei der Angebotserstellung übertragen. Im Zweifel liegt es an ihnen, die Bewerbungsunterlagen auf ihre Rechtmäßigkeit und Vollständigkeit mit den gesetzlichen Vorgaben abzugleichen und bei offenen Fragen Aufklärung zu betreiben. Selbst Irrtümer der Vergabestelle entlasten den Bieter nicht, wenn sein Angebot im Konflikt zu den Angebotsanforderungen steht. Darüber hinaus merkt die VK Köln in Bezug auf die Rechtsprechung des EuGH zu Generalübernehmern an, dass ein Bieter jedenfalls im Offenen Verfahren von sich aus bereits *mit dem Angebot* die Namen seiner Nachunternehmer einschließlich entsprechender Verpflichtungserklärungen vorlegen müsse. Zwar kam es im vorliegenden Fall hierauf wegen der ausdrücklichen Anforderung der Vergabestelle nicht an. Gleichwohl birgt diese Aussage Konfliktpotential. Zeitgleich entschied die Vergabekammer des Bundes (Beschluss vom 2. Oktober 2007 –VK 1-104/07) zur VOL/A praxisnäher, dass die entsprechenden Vorschriften der VOL/A keine Aussage darüber treffen, zu welchem Zeitpunkt der Nachweis zu führen sei, und daher der Nachweis auch noch nach Ablauf der Angebotsfrist auf Nachfrage erfolgen kann, wenn sich die Vergabestelle (anders als im besprochenen Fall der VK Köln) jeder Angabe enthält. Auf der sicheren Seite steht der Bieter, wenn er bei Unklarheiten vor Angebotsabgabe nachfragt oder die entsprechenden Nachweise vorsorglich beifügt.

Mütze Korsch Rechtsanwälts-gesellschaft mbH  
Rechtsanwalt Matthias Berger  
Trinkausstraße 7  
40213 Düsseldorf  
Tel. +49 211 – 88 29 29  
Fax +49 211 – 88 29 26  
Mobil +49 160 – 47 20 722  
[berger@mkrq.com](mailto:berger@mkrq.com)  
[www.mkrq.com](http://www.mkrq.com)

